



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/249 - 30. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84884 - 88
Fernschreiber 0886890

Hinweise auf den Inhalt:

W. Mellies: Zur Partei-Diskussion	S. 1
Schweden: Erlander soll neue Regierung bilden	S. 4
Minister Karl Siemsen - 70 Jahre	S. 6
Stiefkind - Kultusministerium	S. 7

Was tat die SPD nach der Bundestagswahl 1953 ? (I)

von W. Mellies

Bei der gegenwärtigen Parteidiskussion über den Wahlausgang entsteht oft der Eindruck, dass die Diskussion nach der Wahl 1953 versickert sei und irgendwelche Folgerungen vom Parteivorstand und den anderen Körperschaften der Partei nicht gezogen worden seien.

Zunächst darf daran erinnert werden, dass damals vom Parteivorstand zwei Kommissionen eingesetzt wurden, die alles Material, das beim Parteivorstand einging, sorgfältig bearbeitet haben. Insgesamt legen diesen beiden Kommissionen vor:

- 23 Protokolle von Diskussionen innerhalb unserer Parteiorganisation (Ortsvereine, Bezirksvorstände usw),
- 24 Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten nichtorganisatorischer Art,
- 44 Artikel aus der parteinahen Presse,
- 27 Artikel aus der gegnerischen Presse.

Die Folgerungen aus dieser Arbeit wurden der Partei in einer Zusammenfassung über die Parteidiskussion vom Parteivorstand vorgelegt. Viele der damals gemachten Vorschläge sind verwirklicht worden. Bei anderen war eine Berücksichtigung nicht möglich, weil sie von irrigen Vorstellungen ausgingen. Einige Vorschläge konnten nicht so verwirklicht werden, wie das von der Körperschaften der Partei selbst gewünscht wurde. Die Schwierigkeiten waren aber zum grossen Teil sachlicher Natur und liessen sich nicht ohne weiteres überwinden.

Grundtendenz der damaligen Vorschläge war, dass die Partei vordringen müsse, über die bisherigen Grenzen vorzustossen und die Randschichten zu erfassen. Diese Arbeit ist in den letzten vier Jahren von der Partei durchgeführt worden. Die programmatischen Folgerungen aus den Diskussionen zog der Berliner Parteitag 1954 durch die Ergänzung, Änderung und Verdeutlichung des Dortmunder Aktionsprogramms von 1952. Die organisatorischen Folgerungen wurden vom Parteivorstand durchgeführt.

Zunächst wurde ein agrarpolitisches Referat geschaffen und die Arbeit des agrarpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand wurde in starkem Masse aktiviert. Ausserdem wurde die "Arbeitsgemeinschaft der selbständig Schaffenden in der SPD" gegründet, und für die Bearbeitung der damit verbundenen Probleme eine besondere Kraft beim Parteivorstand eingestellt.

Dann wurde der Versuch unternommen, durch öffentliche Veranstaltungen über bestimmte Fragen weitere Kreise mit den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei vertraut zu machen. Als nach dem Abschluss der Pariser Verträge die Gefahr bestand, dass die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands aus der weltpolitischen Diskussion ausgeschaltet wurde, organisierte ein kleiner Kreis unter Führung der Partei die Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche am 29. Januar 1955. Diese Kundgebung fand einen ausserordentlich starken Widerhall in der Bevölkerung. In einigen Gebieten wurde durch Unterschriftensammlung die Meinung der Bevölkerung festgestellt. Nach diesem Erfolg wurde überlegt, ob auf anderen Gebieten ähnliche Veranstaltungen durchgeführt werden könnten.

Die Sozialreform wurde von der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages bewusst verschleppt. Deshalb fanden auf Initiative des Parteivorstandes in einem kleinen Kreise, zu dem interessierte Vertreter verschiedener Richtungen zugezogen wurden, eingehende Debatten über eine gemeinsame Stellungnahme zur Sozialreform statt. Diese Besprechungen zogen sich ein ganzes Jahr hin. Alle Teilnehmer werden sich an diese gemeinsame fruchtbare Arbeit wohl noch gern erinnern. Zu der vorgesehenen grossen Kundgebung konnte es leider nicht kommen, weil im letzten Augenblick von einigen Teilnehmern Bedenken dagegen laut wurden.

Die Sozialdemokratische Partei musste nun wieder allein diese Fragen aufgreifen, und sie tat das in der grossen Veranstaltung am 14. und 15. Januar 1956 in Köln. Das Thema dieser Tagung lautete "Die Neuordnung Deutschlands". Die wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme

so wurden schreiegehend erörtert. Diese Tagung fand in der Öffentlichkeit grosse Beachtung. Im sozialpolitischen Bereich hatte sie einen positiven Erfolg zu verzeichnen, weil nach diesem Kongress der sozialdemokratische Entwurf zur Rentenreform erarbeitet wurde und damit die Bundesregierung gezwungen war, von der Sozialreform wenigstens die Reform der Rentenversicherung durchzuführen. Auf einer Tagung für die Mittelschichten, ebenfalls in Köln, auf einer Veranstaltung über Verkehrsfragen im Hamburg und auf einem agrarpolitischen Kongress in Bad Vilbel wurden die Probleme auf diesen Gebieten gründlich erörtert. Auch diese Tagungen fanden einen grossen Widerhall in den interessierten Kreisen und der gesamten Öffentlichkeit.

Als der Parteitag in München im Juli 1956 die Frage der Zweiten Industriellen Revolution zur Debatte gestellt hatte, wurden die damit verbundenen Probleme vertieft auf einer Tagung in Düsseldorf, die unter dem Thema "Die Mobilisierung des Geistes" stattfand. Im April 1957 wurden auf einer Vertriebenenkonferenz in Wiesbaden die sozialdemokratischen Vorstellungen und Vorschläge zu den für diesen Personenkreis anstehenden Problemen dargelegt.

Zu einer ständigen Einrichtung in der Partei waren schon in früheren Jahren die zentralen Frauentagungen und die Bundeskommunalkonferenzen geworden. Auch diese Tagungen fanden in dem Zeitraum zwischen den beiden Bundestagswahlen statt.

An der Art, wie diese Veranstaltungen durchgeführt wurden, ist in der Partei gelegentlich Kritik geübt worden. Alle waren aber der Überzeugung, dass diese Veranstaltungen sehr geeignet seien, weitere Kreise mit der Politik der Sozialdemokratischen Partei auf bestimmten Gebieten vertraut zu machen. Ein Teil des Stimmenzuwachses, den wir zu verzeichnen hatten, ist sicher auf diese Arbeit zurückzuführen.

Sie muss auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden, ja, sie ist noch bedeutungsvoller geworden als bisher. Darüberhinaus aber gilt es, die besonderen Aufgaben, die uns durch den Ausgang der letzten Bundestagswahl aufgezeigt sind, klar und deutlich zu sehen. Davon soll in einem weiteren Artikel die Rede sein.

Die Tür für Zusammenarbeit bleibt offen

Von unseren skandinavischen Korrespondenten

Als der sozialdemokratische Parteivorsitzende Tage Erlander und der Vorsitzende der Bauernpartei Hedlund das Ende der seit 1951 bestandenen rot-grünen Koalition bekanntgaben, betonten beide, dass beide Parteien ohne Bitterkeit und mit gegenseitigem Respekt voneinander scheiden und dass die Zusammenarbeit erfolgreich gewesen sei, wenn auch infolge der prinzipiellen Gegensätze naturgemäss nur Kompromisslösungen erzielt werden konnten.

Diese Stellungnahmen sind weit mehr als ein Resumé: sie spiegeln eine gesunde Betrachtungsweise hinsichtlich des Zusammenlebens in einer demokratischen Gesellschaft, die allen ihren Gliedern einen gerechten Anteil an den materiellen und geistigen Gütern des Lebens zugestehen soll. Der alte, in Mitteleuropa noch immer unvermindert starke Gegensatz zwischen Stadt- und Landinteressen verliert seine Schärfe, wenn die Bauern erkennen, dass eine stabil beschäftigte und gut bezahlte Arbeiterschaft die beste Gewähr für einen guten Ertrag der Bauernarbeiten bietet, und wenn die Arbeiterschaft der Städte Verständnis für eine Angleichung der Bauerneinkommen an die Industrie-Einkommen aufbringt.

Die schwedische Sozialdemokratie hatte sich in ihrem Nachkriegsprogramm u.a. die Aufgabe gestellt, die Landarbeiter- und Landwirte-Einkommen auf das Niveau der Industrie-Arbeiterlöhne der gleichen Ortssteuerungsklasse zu heben. Das ist gelungen.

Dadurch, dass die Volkspension als staatsbürgerliches Recht ohne Unterschied der Berufs- und Einkommensscheidung eingeführt wurde, konnte über den Rahmen der Lohn- und Gehalts-Empfänger hinaus auch die Bauernschaft für diese grosse Sozialreform interessiert werden. Diese Volkspension hat - so ergänzungsbedürftig sie für den Stadtbewohner sein mag - die trennende Ausgedinge-Frage auf dem Lande gelöst. Die altgewordenen Bauernleute können ihre Wirtschaft der jungen Generation überlassen, ohne eine Benachteiligung aus einer wirtschaftlichen Abhängigkeit befürchten zu müssen. Sie wohnen in der Regel mietfrei und haben aus einer begrenzten Viehhaltung und Gartenwirtschaft Zuschüsse für den Lebensbedarf, der im Übrigen durch die Volkspension finanziert wird.

Ähnlich wirkte die Einführung des staatlichen Kindergeldbeitrages

der in den bäuerlichen Haushalt Bargeld bringt und auf dem Lande wie in der Stadt für die Eltern eine grosse Erleichterung bedeutet. Den staatlichen Krediten und Subventionen für den Wohnungsbau in den Städten entsprach eine reichliche staatliche Finanzhilfe zur sanitären Verbesserung des Bauernhauses, zur Modernisierung der Betriebsweise, zur Bodenverbesserung u.a. Der Staat traf mit den Erzeuger- und Verbraucher-Organisationen für landwirtschaftliche Erzeugnisse Preis- und Marktregelnde Abkommen, die der Bauernschaft einen angemessenen Ertrag aus ihrem Schaffen sichern und sie vor den früher verheerend gewesenen Folgen von Missernten bewahren. Alle diese Massnahmen haben dazu beigetragen, die schwedische Landwirtschaft zu einer der modernsten der ganzen Welt zu machen.

Die prinzipiellen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Bauernpartei führten natürlich dazu, dass die Zusammenarbeit in der Koalition mitunter auch starken Belastungsproben ausgesetzt war. Die Bauernpartei weiss, dass die Stimmverhältnisse in der zweiten Kammer des Reichstages eine rein sozialdemokratische Mehrheit nicht geben. Die Bauern oder die Kommunisten sind das Zünglein an der Waage. Die Sozialdemokratie will bei den Abstimmungen nicht von der Stellungnahme der Kommunisten abhängig sein. Die Bauernpartei hat a conto dieser Zwischenstellung immer wieder - und in steigendem Ausmasse - Agrarforderungen angemeldet, die mit sachlichen Argumenten nicht zu begründen waren. Die Gegensätze hinsichtlich einer über die Volkspension hinausgehenden, nach den Einkommensverhältnissen abgestuften Alterspension führten dann schliesslich zur Sprengung der Koalition.

Nun hat der schwedische König den bisherigen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Erlander, mit der Regierungsbildung beauftragt. Erlander kann nur eine Minderheitsregierung, gestützt auf 106 Mandate, bilden. Die sogenannte bürgerliche Opposition würde über 119 Mandate verfügen. Die Frage, ob eine neue sozialdemokratische Regierung weiterhin wirkungsvoll die Geschicke des Landes leiten kann, bleibt vorläufig noch ungeklärt. Die Verhandlungen zwischen den Vorsitzenden der einzelnen Parteien über eine Regierungskoalition waren ergebnislos geblieben. Auch die Parteien des bürgerlichen Lagers, die, wie erwähnt, zusammen über 119 Mandate verfügen, konnten sich nicht auf eine bürgerliche Koalitionsregierung einigen.

Karl Siemsen - 70 Jahre

K.N. Der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Siemsen, begeht am 2. November seinen 70. Geburtstag. Die Glückwünsche, die ihm an diesen Tage in seiner Düsseldorfer Wohnung erreichen werden, dürften zahlreich und herzlich sein. Denn Siemsen ist einer von denjenigen Politikern, die trotz aller Schärfe in der politischen Argumentation mit ihrer sachlichen und persönlich nicht verletzenden Art auch bei den Gegnern Achtung und Anerkennung genießen.

Es war deshalb auch kein Zufall, dass Siemsen von der SPD-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtags beauftragt wurde, am 16. Februar 1956 den Misstrauensantrag gegen den damaligen Ministerpräsidenten Arnold zu begründen. Hier stand ein Demokrat auf dem Podium, dessen Aufrichtigkeit der Gesinnung nicht in Zweifel gezogen werden konnte. "Wir haben so furchtbar viele Beispiele einer undemokratischen Haltung der Bundesregierung und ihrer Beamten", sagte Siemsen damals. "Die Menschen fühlen sich zu sicher in ihren Sätteln, sie sind zu selbstgerecht und glauben, sie könnten machen was sie wollten. Die Bundesregierung Adenauer wird gleichgestellt mit der demokratischen Grundordnung und die Menschen fühlen sich nicht mehr als Demokraten und als Diener des Staates, sondern als Herren dieses Staates. Das ist das Gefährliche". Die Menschen draussen verstanden diese Sprache.

In den vergangenen eineinhalb Jahren seiner Tätigkeit als Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen in Bonn hat Siemsen bewiesen, wie ernst er die Aufgaben nimmt, die einem demokratischen Politiker gestellt werden. Von seinem Amtssitz aus - das Haus Nordrhein-Westfalen liegt in unmittelbarer Nachbarschaft des Bundeskanzleramtes - hat er in unermüdlicher Arbeit und mit grossem Geschick dazu beigetragen, die zahlreichen Probleme, die Bund und Land gemeinsam betreffen, einer Lösung zuzuführen.

Siemsen ist Demokrat und Sozialist. Der SPD gehört er seit 1922 an. Der Sozialismus ist für ihn eine Aufgabe, die immer wieder neu gestellt wird. Als Jurist hat Siemsen gelernt, die Argumente zu sammeln und zu sichten, bevor ein Urteil abgegeben wird. Das kommt ihm in der Politik zugute. Sein Wort hat Gewicht, sein Urteil wird geschätzt.

Seit 1920 ist Siemsen als Rechtsanwalt in Düsseldorf tätig. Am 2. November 1889 in Mark (Krs. Hamm i. W.) geboren, hatte er in Tübingen, München und Göttingen studiert. 1914 - 1918 war er Kriegsteilnehmer.

An seinem Geburtstag vereinigen sich alle Freunde in dem Wunsch und in der Hoffnung, dass sein Rat, seine Erfahrung und seine Schaffenskraft unseren Staat noch recht lange erhalten bleiben mögen. Ihr persönlich, dem schaffensfrohen Siebziger, gelten unsere herzlichsten Glückwünsche.

+ + +

Viel bleibt aufzuholen

s. Eine der grössten Etatpositionen in den Haushalten aller Länder sind die Ausgaben für die Lehrerbeseoldung. Dadurch, dass die Lehrerbeseoldung durch die neue Beamtenverordnung nicht unbeträchtlich verbessert worden ist, entstehen erhebliche Mehrausgaben. Der Drei-Milliarden-Aufwand der Länder für Kultur und Schulen wird vermutlich im neuen Haushaltsjahr beträchtlich überschritten werden, ohne dass deswegen aber schon zusätzliche Mittel für die Förderung der Universitäten, Theater, Museen und der vielen anderen kulturellen Einrichtungen bereitstehen. Im Gegenteil, bei der angespannten Haushaltslage der Länder würde man sich in diesen Jahr damit zufrieden geben, wenn neben den Mehraufwendungen für die Lehrerbeseoldung - wenigstens die Vorjahresansätze für den Ausbau der Hochschulen und die anderen kulturfördernden Massnahmen wieder erreicht werden können.

Ein Jahr nach den Wahlen und angesichts des ohnehin drohenden Milliarden-Defizits in Bundeshaushalt wird auch der Bund kaum Gelder über die ohnehin im Verhältnis zu den drei Milliarden DM der Länder bescheidenen knapp 100 Millionen DM des letzten Jahres beisteuern können. In gewisser Weise droht im kommenden Jahr ein Stillstand. Es wäre zweifellos zu begrüssen, wenn der Ausbau der Hochschulen, insbesondere der Ausbau der technischen Hochschulen, wenigstens in dem durchaus beachtlichen Umfang des laufenden Haushaltsjahres weiter vorangetrieben werden könnte. Aber im Grunde besteht doch wohl Übereinstimmung unter allen, die sich mit der Kulturarbeit des Bundes und der Länder befassen, dass noch vieles aufzuholen ist. Die Länder haben ein Acht-Milliarden-Programm ausgearbeitet; seine Realisierung, die vor allem erst wirklich friedensnässige Verhältnisse in unseren immer noch überlasteten und überfüllten Schulen bringen würde, erfordert mehr Mittel als im Augenblick nach dem Stand der Haushaltsberatungen verfügbar scheinen.

Der neugebildete Wissenschaftsrat, der später eine gewisse Koordinierung und Anleitung der Wissenschaftsförderung geben soll, wird für das kommende Haushaltsjahr noch keine Empfehlungen vorlegen können. Nicht vor dem Frühjahr, also wohl erst nach dem Beginn des neuen Haushaltsjahres am 1. April wird er arbeitsfähig sein. Seine ersten Anregungen wird er also erst für 1959 geben können. So sind diesmal Bund und Länder noch einmal auf die herkömmliche Art der Abstimmung - 8 -

ihrer Leistungen angewiesen.

Dabei wird die Bestimmung des Artikels 106 Abs. 3 des Grundgesetzes von Bedeutung sein, der eine Neuregelung in der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf Bund und Länder zum 1. April 1958 zuungunsten der Länder vorschreibt. Bisher erhielten die Länder zwei Drittel, der Bund ein Drittel der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Nun soll dieses Verhältnis auf 65 : 35 zugunsten des Bundes verschoben werden. Bei einem Aufkommen von rund 12 Mrd. DM aus dieser Steuer sind $1 \frac{2}{3}$ Prozent, die die Länder verlieren könnten, rund 200 Millionen DM! Es ist leider zu fürchten, dass eine solche Einbusse, die die Bundeshilfe zu den Kulturausgaben der Länder bei weitem überschneidet, sich auch auf die Kulturstats der Länder auswirken wird. Es wird deshalb in den Länderregierungen überlegt, ob man nicht die Bestimmung des Absatzes 4 des Artikels 106 heranziehen soll, die eine erstmalige Änderung der Steuerverteilungspläne von Bund und Ländern zum 1. April 1958 gestattet, um so wenigstens die nachteiligen Folgen einer so grossen Einbusse abzuwenden.

Die Kultusminister der Länder könnten ihren Finanzminister durch geeignete Unterlagen zweifellos Argumente liefern, die es den Finanzministern erleichtern würden, beim Bund eine für die Länder günstigere Steuerverteilung auszuhandeln als vorläufig in Grundgesetz vorgesehen ist. Aber bedauerlicherweise hört man aus den Ländern, dass fast überall im Verhältnis zwischen den Finanzministern und den übrigen Ressortministern, insbesondere den Kultusministern, wegen der hohen Anforderungen der Ressorts, die von den Finanzministern zusammengestrichen werden müssen, eine ziemlich gespannte Atmosphäre herrscht. Dies fördert nicht die Zusammenarbeit und vor allem nicht die Bereitschaft, ausser über die Einzelpositionen mit den Finanzministern auch noch über das grundsätzliche Problem der Steuerneuverteilung zwischen Bund und Ländern zu verhandeln. Das ändert aber nichts daran, dass das Problem der Steuerneuverteilung auf die Länder zukommt und dass von dem Ausgang solcher Verhandlungen insbesondere die Kulturstats beeinflusst werden dürfen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel